Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21. Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf: Amt Norden 23861—65. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantwortlich Ernst Diesenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b. Tel. 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 15 — Magdeburg, 13. April — Jahrgang 1929

Nationalsozialistische Volksseuche

Die Organisation des Volksverrats.

Wie eine — ansteckende — seelische Krankheit scheint die „völkische" Bewegung heute über das deutsche Volk hinwegzuziehen. Jenseit der Alpen ist der Fascismus offenbar fester im Sattel denn je. Die italienische Nation freilich, die er in den Klauen hält, ist schon charakterlich grundverschieden von unserm Volke. Einer auf ihren Herrenstandpunkt erpichten Rotte deutscher Trustgewaltigen und Generaldirektoren aber, deren geistige Zentrale (ob sie es wahr haben wollen oder nicht!) im nordamerikanischen Lande des hemmungslosen Erwerbsstrebens liegt, ist die Durchfütterung einiger hunderttausend kleinbürgerlich-fascistischer Landsknechte ein billiges Geschäft, wenn alsdann die deutsche Sozialpolitik in Grund und Boden getreten und die Wirtschaft zum Sklavenbetrieb gemacht werden kann. Jede Stärkung des rotfascistischen (bolschewistischen) Einflusses in Betriebs- und politischen Wahlen wird von der Presse der alten Herrenkaste mit unverhohlener Befriedigung begrüßt.

Bis in die mehr denn je von Literaten künstlich erhitzte deutsche Jugendbewegung hinein geht dieses Sympathisieren der weißen und der roten Fascisten. Die Phraseologie der beiden „Fronten" zumindest ist, wie eine letzte größere Kundgebung der nationalsozialistischen deutschen sogenannten Arbeiterpartei zu Hamburg wiederum deutlich zeigte, aufs Haar die gleiche. Die immer noch allmächtige Nebenregierung, innerhalb des Machtfaktors Reichswehr läßt dem Offizierkorps die „Unausweichlichkeit" der Diktatur durch Sendboten predigen. Innereuropäisch ist die Verhetzung auf einem Höhepunkt. Erbitterter denn je und mit mannigfaltigsten Intrigen wird die Binsenwahrheit bekämpft, daß, wie aller Jammer der Gegenwart nur von der vierjährigen gegenseitigen Zerfleischung der europäischen Kulturvölker herrühre, so auch der Wiederaufstieg zuvörderst abhängig sei von ihrer engsten Verbindung.

Je feiger persönlich die Führer des Volksverrats, um so stärker, zahlreicher müssen die fascistischen „Stoßtrupps" sein. Deshalb heute die Einheitsfront von Hugenberg über Seldte (Duesterberg) bis Hitler. Aber die Massen sind nur einzufangen, indem man sie, die seelisch schon erschüttert sind, seelisch vollends krank macht und ihnen mit der Giftspritze der Geschichtslüge den Haß einimpft. Das ist die Mission des „Nationalsozialismus". Wie im finstersten Mittelalter sucht diese „völkische" Bewegung den Groll des mit der Kriegskatastrophe und dem Verlust des Krieges aus seiner engen Behaglichkeit aufgescheuchten Kleinbürgertums auf den Juden als angeblichen Krankheitserreger abzulenken. Dies in Deutschland, dem Raum der stärksten geschichtlichen Rassenmischung!

Programme und Heldenbrüste.

„Nationalsozialismus" ist ein Wort, das dem verstorbenen Friedrich Naumann gestohlen worden ist. Aus anderer Richtung kommend traf hier dieser bedeutende bürgerliche Demokrat mit dem großen französischen Sozialdemokraten J. Jaurès zusammen, der da gesagt hat: „Die Nation ist ein Schatzhaus menschlicher Kultur und Gesittung, und es stände dem Proletariat schlecht an, diesen kostbaren Schrein zu zertrümmern." Der antisemitische „Nationalsozialismus" aber ist ein österreichisches Gewächs, das die preußischen Alldeutschen, durch den tollwütigen Bismarckverehrer Ritter von Schönerer in Wien und im Sudetenland haben einpflanzen lassen, und von da hat es nach München, wo wiederum die preußisch-alldeutsche Vaterlandspartei den Boden bereitet hatte, der kleine Baugewerkschüler Adolf Hitler aus Braunau in Niederösterreich zu neuer Blüte gebracht.

Die große Idee nationaler Brüderlichkeit, Kameradschaftlichkeit ist durch das „Programm" der „Arbeiterpartei", noch mehr durch die Praxis der demagogischen Agitation völlig vernichtet worden. „Wie lautet das erste Gebot eines jeden Nationalsozialisten", so fragt in irgendeiner Flugschrift der jugendliche nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Goebbels. Und er antwortet dreist: „Liebe Deutschland über alles und deinen Volksgenossen als dich selbst"! In der Praxis lief diese „Liebe" hinaus: auf Haß gegen den „Marxisten"! Darunter aber war verstanden der organisierte Arbeitnehmer. Auf Haß gegen den „Demokraten"! Ihn sah man von vornherein an als Juden oder „Judenzer". Auf Haß gegen den im Zentrumslager stehenden Volksgenossen. Darunter aber verstanden die von den preußisch-lutherischen Alldeutschen angeleiteten österreichischen Los-von-Rom-Fanatiker seit je die „Römlinge", die „Jesuiten". Niemand ist dauernd mehr im Mittelpunkt nationalsozialistischen Hasses gestanden als Erzberger, der Katholik.

Aber so grundverschieden weltenschaulich der deutsche und der italienische Fascismus hiernach sind — das wiegt doch federleicht gegenüber der völlig gleichen wirtschaftspolitischen und daher auch staatspolitischen Zwecksetzung: völlige Niederhaltung des Arbeitnehmertums zugunsten des (nur auf dem Papier ebenso unter staatliche Kontrolle gestellten) Arbeitgebertums, das dafür die Spesen bezahlt, d. h. die Aushaltung des als „nationale Miliz" uniformierten Lumpenproletariats. Schon die mit dieser Zwecksetzung gegebene schmutzige Praxis aber schließt völlig jeglichen „Heroismus" des kleinen oder großen „Duce" aus, wie denn gleichermaßen die Angelika Balabanoff, wie der tapfere italienische Emigrant Mario Mariani (Le origini del fascismo, die Ursprünge des Fascismus) Mussolinis eigenpersönliche Feigheit bestätigen. Auch der kleine Braunauer hat offenbar nurmehr das Draufgängertum des Schakals. Zwar posiert er mit seinem E. K. I. Aber es wäre erstaunlich, wenn ein Mann von seiner einnehmenden Redegewandtheit die Dekoration sich nicht sollte haben verschaffen können, die (wie jede Auszeichnung) schließlich jeden Wert verloren hatte. Man weiß, wie sogar ein Blücher (1815) spottete über den Ordensschmuck, mit dem er sich vorkam, „wie ein vollbehängter Droschkengaul". Jedenfalls ist der deutsche „Duce" im offnen Kampf gegen den „Marxismus" auch zur Zeit des Münchner Räteunfugs nicht gesehen worden. 1923 — beim Münchner Putsch — erklärt er feierlich vor Hunderten von Zeugen: „Der nächste Morgen findet uns entweder siegreich oder — tot." Am 9. November läßt er seine neben sich unter den Kugeln der Schupo gefallenen, ebenso wie seine lebenden Putschgefährten schmählich im Stich und sucht im Auto das Weite.

Die „Bewegung", die das Soldatentum verherrlicht, hat gerade in ihren Führern auffallend viele Heimkrieger. Die Abgeordneten Frick, Feder, Reventlow sind im besten Mannesalter der Front ferngeblieben. Und der Poet der Bewegung, Dietrich Eckart, hat gar während des Krieges Aufenthalt genommen in einem Sanatorium — für Alkoholiker und Morphinisten. Um so komischer klingt daher, was der deutsche Duce noch unterm 26. März d. J. in seinem „Wehrprogramm" verkünden läßt: „Deutschlands Lage erfordert die Waffenentscheidung. Die Freiheit des deutschen Volkes ist abhängig von seiner Vorherrschaft in Europa." Noch entschiedener war und ist natürlich innenpolitisch die Tapferkeit des nationalsozialistischen Fascismus, wie denn 1923 ihre „Standgerichtsordnung" besagte: „Die Todesstrafe wird durch Erschießen oder Erhängen vollstreckt — die Gründe brauchen im Urteil nicht schriftlich niedergelegt zu werden."

Die Finanzierung des Nationalsozialismus.

Als „Herzstück" des Nationalsozialismus wird von den völkischen Schriftgelehrten, an ihrer Spitze der Reichstagsabgeordnete G. Feder, „die Brechung der Zinsknechtschaft" bezeichnet. Feder, 1923 „Finanzminister" des fascistischen Putsches, erließ damals folgende

Bekanntmachung.

Bis zur gesetzlichen Reglung des gesamten Geld- und Kreditwesens werden alle Banken und sonstigen Geldinstitute ihres privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Charakters entkleidet und unter Staatsaufsicht gestellt. Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft.

Das Finanzkomitee. gez. G. Feder.

Der „Finanzminister" verabsäumte aber nicht, am Tage vor dem Putsch bei seinem Bankhaus vorzusprechen und um sofortige Aushändigung seiner dort liegenden Wertpapiere, damals lauter hochwertige Spekulationsstücke, nachzusuchen.

Noch finsterer und bezeichnender war aber die Finanzierung der „Arbeiterpartei". Ein so unantastbarer Zeuge wie der Engländer Morel hat (Beleidigungsprozeß Hitler gegen Dr. Pittinger, Februar 1925, Aussage Wenig) wörtlich erklärt:

„Meine in hohen Stellungen befindlichen Pariser Freunde, darunter ein Mitglied des französischen Kabinetts, haben mir auf das bestimmteste erklärt, daß ein großer Teil des Geldes, das Hitler erhält, aus französischer Quelle stammt. Das Geld geht durch acht bis neun Stellen über das besetzte Gebiet."

Noch aufschlußreicher waren aber Zeugenaussagen von führenden Persönlichkeiten des bayrischen Industriellenverbandes (Syndikus Dr. Kuhlo, Geheimer Kommerzienrat Aust), aus denen klar hervorging, daß die Großindustrie selbst den Nationalsozialismus finanzierte, weil sie in ihm gleichlaufende wirtschaftliche Ziele erkannte. Heute ist, wie wiederholt öffentlich erklärt und nie bestritten wurde, der Großindustrielle Dr. Kirdorf unter den Geldgebern der „Arbeiterpartei", wie (durch Vermittlung seines Schwiegersohnes) auch der bekannte scharfmacherische Großindustrielle v. Borsig unter ihnen vertreten war.

Heilmittel gegen die Volksseuche.

Trotz alledem wäre es falsch, die Volksseuche des Nationalsozialismus mit andern Mitteln bekämpfen zu wollen als mit dem geistigen Allheilmittel unermüdlicher Aufklärung. Daß in jedem einzelnen Falle, wo die antidemokratische Einheitsfront oder Teile von ihr, ganz besonders die „Arbeiterpartei", die verfassungsmäßige Autorität antastet, entschieden hiergegen vorgegangen werden muß, ist selbstverständlich. „Und greifst du in ein Wespennest, so greife rasch und greife fest!" Fest und rasch kann aber nur zugegriffen werden, wo die vollziehende Gewalt in den Händen entschlossener Republikaner liegt. Wir begrüßen in diesem Sinne die Berufung unsers Kameraden Dr. Menzel als Ministerialdirektor und Leiter der Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums, des Kameraden Dr. Baerensprung als Polizeipräsidenten von Magdeburg, unsers Generalsekretärs Kunzemann auf das wichtige Landratsamt zu Nordhausen. Republikanische Personal- und Machtpolitik ist das sicherste Heilmittel gegen jene Volksseuche. Kommt es aber jemals noch zu offener und planmäßiger fascistischer Gewaltprobe im großen, so wird mit Aufgebot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold dem aberwitzigen Versuch der Dauerdiktatur entgegengesetzt werden die zeitweilige Diktatur der Demokratie. —

An die Gauführer, Technischen Leiter und Gausekretäre des Reichsbanners!

Werte Kameraden!

Aus der innen- wie vor allem außenpolitisch nach wie vor unerfreulichen Lage Deutschlands glauben die Gegner der Republik: der Stahlhelm, die Nationalsozialisten, die Kommunisten und ein ganzer Schwarm konfuser Schreier, für sich Gewinne herausholen zu können. Sie alle treiben mehr oder weniger offen zum Umsturz der Verfassung und damit zum Bürgerkrieg. Schon lange hätten es diese Bünde oder Personenkreise auf eine Kraftprobe ankommen lassen, würde ihnen nicht vor allem auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold machtvoll im Wege stehen. Nicht umsonst ist unser Bund dauernd ein Mittelpunkt eben so planmäßiger wie gehässiger Angriffe.

Wenn ich auch weiß, daß die Schlagkraft unsers Bundes stärker ist denn je, so bitte ich doch die Gauführer, unsre Technischen Leiter und Gausekretäre, alsbald noch einmal alles zu überprüfen. Einheitlichkeit der Auffassung bei allen Führern, auch jenen der kleinsten Unterabteilungen, ist besonders wichtig. Führer, bei denen auch nur geringste Zweifel hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und ihrer Entschlußkraft bestehen, müßten ersetzt werden. Wir sind innerlich stark genug, um offen miteinander sprechen zu können.

Nach wie vor gilt es, stets bereit zu sein, unsern Bund, die republikanischen Parteien und die republikanischen Berufsorganisationen zu stärken, ihre Gegner zu beobachten und Bedeutsames sofort zu berichten.

O. Hörsing, Bundesführer.

„Deutsch"-russische Verleumderpraxis

Von Otto Hörsing.

In der Verwertung des von den Kommunisten gestohlenen Reichsbannerschreibens an eine Reihe von republikanischen Persönlichkeiten, mit dem diese um wirksame Unterstützung unsers großen Werkes der Bundesschule angegangen waren, hat sich wieder einmal die Einheitsfront von den Bolschewisten bis zum — Jungdo zusammengefunden. Eine kurze Darstellung hat ja unsre Bundeszeitung schon gebracht. Nachdem aber jene Einheitsfront sich immer noch nicht hat beruhigen können, möchte ich (nach meiner Rückkehr aus mehrwöchigem Urlaub) abschließend noch einiges bemerken.

Ich gebe ja zu, daß ich ehedem als fahrender Geselle, als ich in Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Arbeitssuche (wie viele Tausende meiner Arbeitskollegen) unser deutsches Vaterland durchwanderte, das „Fechten" notgedrungen sehr gut gelernt habe. Damals hatten wir noch nicht die soziale Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung, gegen die heute offen oder versteckt als Schutztruppe des über diese „sozialen Lasten" so erbosten Großunternehmertums auch jene Einheitsfront anläuft. Aber das „Schnorren" im großen haben wir und meine Freunde von den Stahlhelmern usw., die alljährlich ihre großen „Kollekten" veranstalten, leider noch nicht vollkommen gelernt.

Woher will denn etwa der Stahlhelm die Millionenkosten seines Volksbegehrens bestreiten? Doch nicht etwa aus den Taschen seiner 300 000 Mitglieder, die er nach der Angabe seines frühern Vorstandsmitglieds, des Kapitäns Ehrhardt, zählt! Man versichert uns ja immer, daß diese 300 000 Volksgenossen genau so wie unsre Kameraden dem werktätigen Volk oder dem völlig verarmten deutschen Mittelstand angehören! In welcher Haut der deutsche Arbeiter aber heute steckt, das wissen wir wahrhaftig! Oder zahlt der Stahlhelm seine zwei großen papierreichen Zeitungen, seine sonstigen periodischen Zeitschriften etwa auch aus den Spargroschen jener 300 000 armen Teufel! Nun, darüber braucht wahrhaftig nicht diskutiert werden: Dieser Stahlhelm, der neulich sein enges Bündnis mit der völlig überflüssig gewordenen „Technischen Nothilfe" plakatiert hat, hat am allerwenigsten Grund, schmutzige Verdächtigungen auszustreuen.

Oder wollen die Herren Kommunisten bestreiten, daß ihr Laden nur unterhalten ist mit dem rollenden Moskauer Rubel? Diese russischen Goldrubel sind freilich keine zaristischen Schätze; denn diese haben sich bekanntlich, soweit sie nicht reklamehalber in den Museen zusammengehalten werden müssen, nach der Oktoberrevolution verflüchtigt oder sind im Rauche der russischen Inflation aufgegangen; ein gut Teil ihrer Schätze aber haben die Romanows, der russische Großgrundbesitz und die russische Bourgeoisie im Ausland in Sicherheit gebracht. Diese nach Deutschland oder Frankreich geleiteten Goldrubel — zu Millionen wurden sie übrigens in den letzten 2 Jahren durch „Vertrauenskuriere" unterschlagen! — sind im wahren Sinne des Wortes herausgepreßt aus dem Steigerschweiß der breiten Massen des hungernden Bauernvolkes.

Und die krampfhaft gesteigerte Betriebsamkeit unsrer deutschen Ritter vom Hakenkreuz? Diesen Brechern der Zinsknechtschaft ist, wie an andrer Stelle dieses Blattes dargetan, durch den Untersuchungsausschuß des Bayrischen Landtags einwandfrei nachgewiesen worden, daß gerade auch das Großunternehmertum und der „jüdische" Bankkapitalismus freudigen Herzens die Tollhäuslerbewegung des Jahres 1923 mit finanzierten. Heute noch steht der Geldsack der Nationalsozialistischen deutschen sogenannten Arbeiterpartei unbestrittenermaßen im Zeichen des Großindustriellen Dr. Kirdorf!

Es ist also übelstes politisches Pharisäertum der Einheitsfront, wenn von ihr unsre Bemühungen um finanzielle Stützung unsrer Bewegung begeifert werden. Wenn sogar, um auch noch die Kleinen zu erwähnen, der großspurig aufgezogene Jungdeutsche Orden uns Abhängigkeit von Geldgebern — ohne auch nur den Schatten eines Beweises — ankreidet, er, der ehedem wortreich Wahrhaftigkeit und Sachlichkeit auf seine Fahne geschrieben hatte, so ist nur dies zu sagen und das gilt auch für die andern: Unser großes Unternehmen der Bundesschule, das der politischen Führererziehung und der Jugendschulung dienen soll, braucht selbstverständlich wohlwollende Hilfe. Wir haben zwar aus den Spargroschen unsrer Hunderttausende alter und junger Kameraden lastenfrei das notwendige weitgestreckte Gelände mit Wiese, Wald und Wasser und mit den notwendigen Gebäulichkeiten in unsern Besitz bringen können. Aber es liegt auf der Hand, daß der frühere oder spätere Beginn dieser großgeschauten, im besten Sinne „nationalen" Erziehungsarbeit von freiwilligen Leistungen opferwilliger, zuverlässiger Freunde abhängt. Es sind nicht die „Fabrikanten", an die wir uns gewandt haben. Was hat heute schon, in der Zeit der Truste und Konzerne, ein kleinerer oder mittlerer Fabrikant wirtschaftspolitisch zu sagen! Es sind nicht diese Konzerne der Schwerindustrie, der chemischen, der Kaliindustrie, es sind nicht die Herren Krupp, Thyssen, Klöckner, Vögler, es sind nicht die Großbanken, die Herren Cuno und Genossen, an die wir uns gewandt haben, sondern ausnahmslos einwandfrei der Republik und der Demokratie als der notwendigen Grundlage weiterer Entwicklung ergebene Einzelpersönlichkeiten aller Berufe und Klassen, die wir an ihre soziale Pflicht erinnert haben auch in Zeiten härtesten Wirtschaftskampfes dem Idealismus unsrer getreulich ihre Monatsbeiträge sich vom Munde absparenden Mitgliedermassen werktätig nachzueifern. Niemand wird uns auch nur im entferntesten und auch nur im Wege einer losen Vermutung — das gilt insbesondere dem Jungdo! — irgendeine „Bindung" nachweisen können.

Im Zusammenhang damit noch eine Randbemerkung! Der Stahlhelm kreidet mir ein „Wartegeld" von 16 000 Mark an und überdies noch „sehr nette Einnahmen" als Abgeordneter und „Reichsbannergeneral"! Das Reichsbanner ersetzt mir die notwendigen Barauslagen. Nicht mehr! Wir glaubten bisher aus einer immerhin noch gegebenen gewissen Kameradschaftlichkeit gegenüber den „Nichtmännern" vom Stahlhelm die bis heute nicht dementierten Mitteilungen republikanischer Blätter, daß der 1 Vorsitzende des Stahlhelms heute aus den Mitteln seiner Arbeiterkameraden als Bundesangestellter mehr als 16 000 Mark im Jahre bezieht, übersehen zu sollen. Der Stahlhelm möge sich darüber äußern. Die 16 000 Mark „Wartegeld" betragen leider erheblich weniger, aber es darf doch einmal grundsätzlich bemerkt werden, daß jahrzehntelange Arbeit als Gewerkschaftsbeamter hundertmal mehr Arbeit am deutschen Volke darstellt, als wenn die Hohenzollernprinzen vom Stahlhelm ehedem als 6jährige Buben zum Leutnant im ersten Garderegiment zu Fuß ernannt wurden, um dann heute als beschäftigungslose 35- und 40jährige Pensionisten die „Ruhestandsgebührnisse" von Brigade- und Regimentskommandeuren zu beziehen. Das „System legaler Bereicherung" liegt nach der bekannten parlamentarischen Feststellung vom Jahre 1928 zu 98 Prozent bei den Pensionären des Besitzbürgerblocks.

Vereinigte Staaten von Europa?

Von Karl Otto Windecker.

Schon lange ist die Idee der Vereinigten Staaten von Europa aus der Utopie herausgewachsen. Alle großen politischen Geschehen begannen als Utopie. Ebenso wie es durch den Willen des deutschen Volkes möglich wurde, Deutschland die freie Staatsform der Republik zu geben, ebenso möglich muß es sein, das Staatengewirre, die ewige Feindschaft, den Haß, die Unvernunft durch ein festes Gefüge zu ersetzen; wenn nur hinter dem Wunsch auch der Wille steht, und zwar ein Wille, der sich durch augenscheinliche Unmöglichkeiten nicht irre machen läßt.

Der Weltkrieg, der Europa beinahe vernichtete, lag in der Kleinstaaterei des Kontinents begründet. Die Friedensverträge von 1919 haben nicht vermocht, die bestehenden Brandherde zu vernichten, — im Gegenteil: neue Gefahrpunkte wurden geschaffen. Die Kriegsgefahr ist für Europa nicht beseitigt. Das Wettrüsten der Großmächte geht gerade auch innerhalb Europas weiter.

Man hat nicht begriffen, daß der Wiederaufbau Europas ja nur eine Wiederherstellung des Vorkriegsstandes mit allen seinen Gefahren darstellt. Man begriff nicht, daß nur der Neuaufbau des Kontinents diesen Balkan der Welt endgültig befrieden könne.

Nach den traurigen Erfahrungen seiner Vergangenheit muß Europa sich dazu aufraffen, die Gefahren zu erkennen, die in seiner Zersplitterung liegen. Tatsächlich lautet Europas Schicksalsfrage: Zusammenschluß oder Zusammenbruch. Nur ein Zusammenschluß aller europäischer Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Aufbaus bietet die Garantie zur Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen, — und schafft somit die Vorbedingungen für einen Frieden der Welt. Ein Zusammenschluß für Europa, gegen Niemanden!

Die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftskräfte zerreibt sich in der Kleinarbeit des Alltags. Man scheut sich an die Wurzel des Uebels heranzugehen. Zwar erkennt man die Ueberlegenheit des einheitlichen und geschlossenen großen Wirtschafts- und Marktgebietes der Vereinigten Staaten von Nordamerika an, — aber noch wagt man nicht die vielen Tausend Kilometer Zollschranken, die den kleinen Kontinent durchschneiden und zerstückeln, niederzureißen. Während um Europa herum sich die Welt zu immer größeren und mächtigeren Gebilden zusammenschließt, zögert Europa die naturgegebene und zwangsläufige Entwicklung zu vollziehen: die Entwicklung zum europäischen Zoll- und Staatenbund.

Erfreulicherweise beginnt diese Erkenntnis zu wachsen. Schon früh erkannte die deutsche Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines geeinten Europas, als die erste Etappe auf dem schwierigen Weg zum Weltfriedensbund aller Völker. Inzwischen sind eine ganze Reihe Bewegungen ins Leben getreten, die das gleiche Ziel verfolgen.

Während noch in den Tagen des Ruhrkampfes das Wiedererwachen eines Gefühls der Feindschaft und des Hasses befürchtet werden mußte, ist heute sogar in einem Teil jener Schichten ein Wachsen des Verständigungsgedankens zu verzeichnen, die sich bisher im Völkerhaß und Verherrlichung des Kriegsgedankens nicht genug tun konnten. Und wenn auch dieser Fortschritt der Gesinnung nur auf die aufdämmernde Erkenntnis zurückzuführen ist, daß wir alle körperlich oder wirtschaftlich nur die Opfer eines Krieges sind, — so bleibt diese Feststellung doch eine große Genugtuung. In dem Augenblick, da die Forderung nach einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als Kernpunkt des Verständigungsproblems, auch von nicht gerade pazifistischen Kreisen gestellt wurde, war der erste große Schritt getan.

Gewiß werden die Vereinigten Staaten von Europa nicht über Nacht erstehen. Ihre Verwirklichung wird ein langsamer und steter Prozeß sein, ausgehend von wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wie weit wir von diesem Zeitpunkt noch entfernt sind, ist schwer zu beantworten. Wie nahe wir der Notwendigkeit aber sind, das beweist der Fortschritt der Technik täglich, der die Hauptstädte der europäischen Staaten zu Nachbarstädten macht, die ein Flugzeug in wenigen Stunden verbindet.

Seiner Größe nach entspricht das Europa von heute dem Königreich Sachsen vor 100 Jahren.

Auch die Sprachenverschiedenheit sollte kein Hinderungsgrund für die Verwirklichung des europäischen Staatenbundes sein. Leben doch seit langen Jahren in der Schweiz die Vertreter dreier Sprachengruppen höchst friedlich beieinander.

Große europäische Staatsmänner und Wirtschaftsführer haben sich für die Vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen. Auch die wichtigsten Politiker, die Europas Geschick heute leiten, sind von der Notwendigkeit eines Paneuropas überzeugt. Es liegt an dem Willen der europäischen Völker, das große Ziel zu verwirklichen, — und es liegt in erster Linie an dem festen Willen der republikanischen Parteien, die dazu berufen sind, den Gedanken der Freiheit und Menschlichkeit auf ihre größere Heimat Europa zu übertragen. —

Kanonier Krause

Eine Tragikomödie in sieben Akten.

(Zeit: Juni bis August 1917. Ort: Hart vor Verdun.)

1. Akt.

Die schwere Mörserbatterie war, da sie zum Stellungswechsel 142 Pferde brauchte und — nie bekam, unbeweglich. Sie hatte daher die Verpflichtung, in ihrer Stellung, fünf Kilometer hinter dem Schützengraben, eine Fernsprechzentrale zu errichten. Bei Stellungswechsel der andern blieb der Leitungsdraht einfach liegen und die nachts in die alten Stellungen einrückenden Batterien hatten über die Mörser-Standbatterie sofort Verbindung mit ihrem Bataillonsstab. Kein Wunder, daß die Mörser-Fernsprecher im ganzen Abschnitt und besonders bei den eignen Offizieren in hohem Ansehen standen. Besonders der Fernsprechunteroffizier und seine rechte Hand, Kanonier Krause. Verstanden beide es doch geschickt, Verbindungen bis Montmedy herzustellen. Und sie hätten bei Bedarf mit der Heimat verbunden, wenn sie von der Etappe nicht aus der Leitung hinausgeworfen wären.

Da drohte das Ungewitter einer feindlichen Offensive. Der halbe Kopf der Fernsprechzentrale, der Unteroffizier, bekam ein eigenartiges Herzklopfen, wurde blaß und rot (als ihn Krause vier Jahre später beim Stahlhelmaufmarsch in Magdeburg erwischte, wiederholte sich das), fraß fünf Stangen dicksten Priem und wurde ins Lazarett geschafft. Beinahe Heldentod. Das Eiserne Kreuz 1. Klasse wurde ihm nachgeschickt.

Inzwischen stießen die Franzosen vor, und kurz entschlossen wurden dem gebliebenen halben Fernsprechkopf, Kanonier Krause, die übrigen neun Fernsprecher unterstellt. Ein militärisches Monstrum, weil dadurch der Gemeine Krause der Vorgesetzte von vier Fernsprech-Obergefreiten wurde. Sie bockten natürlich, aber Krause schmiß den Laden. Kameradschaftlich und auch sachlich. Denn fehlten ihm auch die Knöpfe, so genoß er doch als Sozialist und gereifter Mann bei den jüngern Knopfträgern eine gewisse Autorität. In der Achtung der Offiziere aber stieg der „Rote", so daß sie sich mit ihm fast auf du und du stellten.

Der Schluß des 1. Aktes ist, daß die Batterie unter Vernichtungsfeuer lag. Es war fürchterlich. Und keine festen Unterstände! Batterieoffizier war zufällig einer, der übertrieben ehrgeizig war und immer mutiger erscheinen wollte, als er war. „Rette sich, wer kann!" hatte er zu der Mannschaft gesagt. Sein Wunsch war, als letzter die Batterie zu verlassen und dies dem Bataillon gebührend mitzuteilen. Des E. K. I. wegen.

Doch die Fernsprecher, die noch eine alte Rechnung mit ihm auszugleichen hatten (er war stets schnodderig zu ihnen), spuckten ihm in die Suppe und blieben in ihrem Unterstand, der allerdings noch der beste war. Nun saß er bei den in Todesnachbarschaft fast freundlich Lächelnden (Was man aus Liebe tut, das geht noch mal so gut!), konnte sie aber weder durch Drohungen noch durch Bitten bewegen, ihren Posten zu verlassen.

„Solange wir die Verbindung mit dem Bataillon aufrechterhalten können, weichen wir nicht von der Fahne," sagten die Fernsprecher.

Und er darauf, mit einem Beil in der Hand: „Da können wir doch nachhelfen?!"

„Wehe!", drohten die Fernsprecher. Und das Beil entsank seiner Hand.

„Habt es wohl für Ernst genommen?"

Dann machte verstärktes Getöse jedes Verstehen unmöglich. Das war der Höhepunkt des Feuers, dann flaute es ab und verstummte schließlich ganz. Blaß geworden waren alle, nicht nur der Batterieoffizier. Ein letzter Einschlag hatte die Bataillonsleitung doch noch gestört. Kaum aber hatte sie Krause geflickt, als der Offizier auch schon dem Bataillon meldete:

„Unter Vernichtungsfeuer gestanden. Habe die Mannschaft die Batterie räumen lassen. Bin aber mit den Fernsprechern auf dem Posten geblieben."

Die Zuhörer waren platt; auch Krause, der wieder hereintrat und die letzten Worte noch mit anhören konnte.

2. Akt.

Heldentaten müssen belohnt werden. Unser Batterieoffizier und der Kanonier Krause, der Kommandeur der Fernsprecher, wurde fürs Eiserne Kreuz vorgeschlagen. Je nach Rang erster und zweiter Güte.

3. Akt.

Kanonier Krause steht vor seinem Batteriechef. Er hätte gehört, er sei dem Bataillon fürs E. K. II. vorgeschlagen worden. Erstens wüßte er nicht warum, und zweitens gäbe es in der Batterie sehr viele junge Kameraden, die mehr Freude an solchem Kreuz hätten als er.

Krause hatte bei dem Batteriechef (Reserve, in Zivil Landgerichtsrat) eine feine Nummer. Die war mit einem Male weg. „'rrrrrraus!!!", brüllte er ihn an, „und wehe Ihnen, wenn Sie mir vor versammelter Mannschaft Schande machen!"

4. Akt.

Er beginnt mit der Kreuzverteilung. Feierliches Antreten der Batterie. Man hatte wohl Angst, daß Krause Dummheiten macht und ablehnt und daher vorbeugend gefunden, daß er in dieser kritischen Stunde im Fernsprechstollen unabkömmlich wäre.

„Ob er's doch noch im letzten Augenblick abgedreht hat?" So dachte Krause, als der Alte oben seinen Namen rief. Dann sauste etwas, blau eingewickelt, ihm gerade auf den Tisch und sprang dann auf das Bett, das daneben stand.

So bekam Kanonier und Fernsprechkommandeur Krause das E. K. II.

5. Akt.

Fünf Minuten nach dem Kreuzempfang wurde Krause zum Batteriechef befohlen:

„Sie fahren am Montag auf Urlaub?" herrschte ihn dieser fragend an. Und ohne eine Antwort abzuwarten, setzte er hinzu: „Sie fahren nicht, Ihr Urlaub ist gestrichen! Solches Rindviehzeug wie Sie läuft in Deutschland genug herum! Kehrt marsch!"

6. Akt.

Wieder lag die Batterie unter Vernichtungsfeuer; denn der 21-Zentimeter-Stahlmörser dicht hinter dem Schützengraben — jetzt nur noch zweieinhalb Kilometer — lag den Franzosen naturgemäß schwer im Magen. Feuerleiter (Batterieoffizier) war diesmal der Chef selbst.

Nur ein Unterstand war einigermaßen zuverlässig. Dort saß die gesamte Mannschaft eng zusammengehockt. Es wurde schlimmer als das erste Mal. Der Unterstand schwankte wie ein Schiff auf hoher See. Einmal riß der Luftdruck ein Stollenholz los, das mit unheimlicher Wucht ein Bett zertrümmerte. Felsstücke purzelten nach. Jeden Augenblick konnte der Unterstand allen ein Grab werden. Der Versuch, ihn zu verlassen, hätte den sichern Tod bedeutet. Alle gegnerischen Batterien des Abschnittes waren auf diesen einen Punkt konzentriert. Nach etwa 1000 Einschlägen in einer Stunde glichen die sauber eingebauten Geschützstände einem frisch umgepflügten Acker.

Und in dieser Stunde der Hölle befiehlt das Bataillon Schießen!

Der Alte war nicht zu finden. Der nächste Dienstälteste, ein Offizierstellvertreter, wollte die Verantwortung für den im sichern Port ausgeheckten Wahnsinn des Bataillonskommandeurs nicht übernehmen.

Krause konnte sich denken, wo der Alte war. Drüben in der Schlucht, wo kein Schuß hinkam. Seine feine Witterung aufsteigenden Unheils hatte ihn schon einmal dorthin getrieben. Auf Leitungspatrouille hatte Krause ihn damals dort entdeckt.

Krause behielt seine Wissenschaft wohlweislich für sich. Als aber plötzlich das Feuer nachließ und die Franzosen dafür die andre Schlucht unter Gas setzten, hielt es ihn nicht länger. Ganz verzweifelt am noch gasfreien Abhange stehend, so fand er den Gesuchten. Natürlich, leichtfertig wie immer, ohne Gasmaske.

Krause prüfte die Entfernung bis zur Batterie. Er konnte es vielleicht ohne Gasmaske schaffen — der andre niemals.

Ohne viele Worte zu machen, riß er seine Gasmaske herunter und gab sie dem Offizier. „Hoffentlich paßt sie, ich versuche es so." Und damit sauste er los. Und schaffte es!

Fünf Minuten später kam sein Batteriechef angekeucht. Außerhalb des Gasbereichs brach er zusammen. Und als ihn Krause halb ziehend, halb tragend in die Batterie geschafft hatte, stammelte er: „Wie soll ich Ihnen das wohl danken können!"

Krause hatte tiefes Mitleid mit dem Aermsten, konnte aber doch die bittere Bemerkung nicht unterdrücken: „Nehmen wir es für das Eiserne Kreuz. Und überdies kam ja der Dank im voraus: Streichung des Urlaubs. Sie ersparten mir die beschwerliche Heimatreise und ich habe Ihnen dafür das Leben gerettet. Wir sind quitt." Sprach's und verschwand.

7. Akt.

Der siebente Akt ist kurz und traurig. Er handelt von Tod und Heuchelei: Der Batteriechef hätte sicher an Krause alles wieder gutgemacht, aber er bekam zwei Tage später einen Volltreffer und war sofort tot. Den Urlaub für Krause aber brachte zwei Wochen später ein etwas derber Heimatschuß.

Die beiden angeführten E.-K.-I.-Ritter sah Krause dann später beim ersten Stahlhelmtag wieder. Beide — der Priemschlucker und der Held, der die Fernsprechleitung demolieren wollte — trugen stolz ihre hohe Auszeichnung, schön mit Grün geschmückt. Bis — ja bis sie Krause am Rinnstein stehen sahen. Da schielten sie zur Seite.

Das sind die sieben Akte vom E. K. I und II. Krauses Orden liegt in der Kommode. Noch schön sauber eingepackt in dem blauen Papier, in dem er ihm im Unterstand auf Tisch und Bett flog. Er nimmt wenigstens an, daß er darin ist, denn aufgewickelt hat er das Päckchen niemals. Aber es faßt sich hart an, und übrigens steht doch im Militärpaß, daß er wirklich Ritter des Eisernen Kreuzes zweiter Güte ist. Also wird das Kreuz schon drin sein. Otto Karsten.

Reparationen und Innenpolitik

Haushaltsfrage und Regierungsbildung.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist nach einigen Wochen der Erholung an der Riviera nach Berlin zurückgekehrt. Inzwischen ist der Reichskanzler Hermann Müller erkrankt. Ein schmerzhaftes Gallenleiden zwingt ihn für einige Wochen, sich von den Staatsgeschäften zurückzuhalten. Da auch Stresemann trotz der Erholungsferien sich große Anstrengungen nicht zumuten darf, fehlt naturgemäß der Leitung der deutschen Politik viel an dem erwünschten Energiemaß. Die innenpolitischen Geschäfte haben allerdings während der Osterferien keine feste Hand verlangt und die außenpolitischen tragen ihren Schwerpunkt zurzeit in den Pariser Reparationsbesprechungen, für die die offiziellen Politiker vorläufig nicht zuständig sein sollen. Trotzdem wirkt es nicht beruhigend, wenn die Regierungsführung nicht mit gesunden Kräften zur Stelle ist. Möchte darum der Reichskanzler recht bald von seiner Krankheit gesunden. Wir wünschen ihm das um seiner geschätzten Person willen, wir wünschen es aber auch um der schweren Entscheidungen willen, vor welche die deutsche Politik in den nächsten Wochen wieder gestellt sein wird.

Was die Gestaltung des Reichshaushaltplanes angeht, so scheinen die Finanzsachverständigen der Fraktionen, die für die Große Koalition in Frage kommen, eine Verständigung gefunden zu haben. Die Einzelheiten ihres Kompromisses sind noch nicht bekanntgegeben worden, nur weiß man, daß das Defizit im Reichshaushaltplan für 1929, das durch Steuern gedeckt werden sollte, von 380 Millionen Mark auf 180 Millionen Mark durch Abstriche an den Einzeletats — der Sozialetat soll nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sein — und durch Erhöhung der Einnahmeziffern auf 130 Millionen Mark herabgedrückt worden ist. Damit wird vor allem die von den Bayern bekämpfte Biersteuererhöhung überflüssig werden. Sie sollte 165 Millionen Mark einbringen. Ob das Verständigungsprogramm die Zustimmung des Kabinetts und der von den Sachverständigen vertretenen Fraktionen finden wird, wird sich diese Woche entscheiden. Es fehlt nicht an Stimmen, die das Kompromiß bekämpfen, doch weiß man nicht recht, wie man sie werten soll, da ja das Kompromiß selbst in seinen Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben worden ist.

Vor allem ist es die Presse der Deutschen Volkspartei, die sich sehr bemüht, nur gar nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als seien die Fraktionen irgendwie an das Verständigungsprojekt ihrer Finanzberater gebunden. Man kann das verstehen, denn wenn das Kompromiß die Biersteuererhöhung überflüssig macht, hat die Bayrische Volkspartei keinen sachlichen Grund, die Regierungskoalition zu verlassen, wenn demnächst statt der Deutschen Volkspartei etwa das Zentrum Koalitionspartner werden würde. Es ist deshalb durchaus damit zu rechnen, daß von seiten der Deutschen Volkspartei noch erhebliche Schwierigkeiten gemacht werden. Denn die Anerkennung des Kompromisses müßte logischerweise zur Bildung der Großen Koalition führen, die Herr Dr. Scholz einmal aus grundsätzlichen Erwägungen verabscheut, da er von dem „Antimarxismus" der Stahlhelmorganisation infiziert ist, dann aber auch aus zeitbedingten taktischen Gründen, solange eben nicht durch die Pariser Reparationsbesprechungen ein Zahlungsprogramm gezeitigt worden ist, das auch vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei trotz seines traditionellen politischen Schwachmutes unterzeichnet werden könnte. Würde aber die Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Verständigungsprodukt der Finanzsachverständigen die Zustimmung versagen, so wäre es sehr leicht möglich, daß sich eine Regierungskoalition von der Sozialdemokratie bis zur Bayrischen Volkspartei bildete, und das wäre ein Ergebnis, das der Deutschen Volkspartei gewiß ebensowenig behagen würde wie eine verantwortliche Teilnahme an der Regierungskoalition. Solche Kalkulationen werden zurzeit in den Reihen der Deutschen Volkspartei angestellt während die deutschnationale Presse diese Partei dadurch zu reizen sucht, daß sie auf die Regierungsverhältnisse in Preußen hinweist, wo die Deutsche Volkspartei noch immer außerhalb aller Möglichkeiten steht, die Besetzung von Verwaltungsposten mitzubestimmen.

Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester.

Wenn in spätern Jahrzehnten einmal objektive Geschichtsforscher Untersuchungen darüber anstellen, welche Volksteile in Deutschland während der schwierigen Jahre des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus ein vorbildliches Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt haben, so werden sie der deutschen Arbeiterschaft ein besonders lobendes Zeugnis ausstellen müssen. Die Reichsregierung hat am 22. März dem Reichstag die Denkschriften vorgelegt, welche die Länder Preußen, Bayern, Hessen, Baden und Oldenburg über die wirtschaftliche und kulturelle Notlage in den bedrängten westlichen Grenzgebieten und im besetzten Gebiet verfaßt haben. Diese Denkschriften bilden einen bemerkenswerten Hintergrund zu den gegenwärtigen Pariser Reparationsbesprechungen, von denen die Frage der Rheinlandräumung ja nicht sachlich getrennt werden kann, wenn sie auch in Paris selbst zurzeit keine Rolle spielt und keine Rolle spielen soll. Aber diese Denkschriften dürfen uns auch daran erinnern, wie sehr es der Arbeiterschaft der besetzten Gebiete zu danken gewesen ist, daß diese heute noch deutsch sind und daß vor allem in dem schweren Inflationsjahr 1923 die Verzweiflungsstimmung der rheinischen Bevölkerung nicht zu voreiligen Schritten geführt hat.

Ein neues Beispiel der Besonnenheit aus außenpolitischen Rücksichten haben jetzt die Spitzenorganisationen der Eisenbahner gegeben, die von den angeschlossenen Arbeitern seit langem gedrängt werden, eine Erhöhung der Arbeitslöhne durchzusetzen. Es sind nicht nur die grundsätzlich radikalen Elemente, von denen solche Bestrebungen ausgegangen sind, auch die christlichen Gewerkschaften standen dabei in vorderster Linie. Man hatte eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pfennig gefordert und dieses Verlangen eingehend begründet. Der Tarifvertrag war darüber bis zum 31. März gekündigt worden, so daß zurzeit ein vertragloser Zustand besteht. Obwohl die Hauptverwaltung der Reichsbahn nicht abstreiten konnte, daß in einzelnen deutschen Gebieten die Löhne der Eisenbahnarbeiter mit den Löhnen verwandter Arbeiterkategorien in der Privatindustrie nicht gleichen Schritt halten, lehnte sie die Forderungen der Gewerkschaften ohne weiteres ab, ja sie weigerte sich sogar darüber überhaupt zu verhandeln. Sie begründete ihr Verhalten damit, daß die Lohnforderungen eine Erhöhung der Eisenbahntarife notwendig machen würde, die vom deutschen Wirtschaftsleben zurzeit nicht getragen werden könne. In einer andern Weise würden sich die erforderlichen Mehrausgaben von 81 Millionen Reichsmark nicht aufbringen lassen. Die Reparationsverpflichtungen drückten, so sagt man, auch derart schwer auf den Etat der Reichsbahn, daß ihr jedes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeiter unmöglich sei. Das Verhalten der Hauptverwaltung der Reichsbahn, die immer noch enorme Summen an sogenannten Leistungsgeldern auszahlt, die von der Arbeiterschaft als aufreizende „Korruptionsgelder" empfunden werden, war nicht dazu angetan, beruhigend auf die Arbeiterschaft zu wirken. Und es ist denn auch in Sachsen bereits zu dem offiziellen Beschluß eines Ausstandes gekommen, so daß die Befürchtungen durchaus begründet waren, daß in kürzester Frist sämtliche Eisenbahnarbeiter — es sind ihrer fast 400 000 — in den Streik eintreten und damit den Eisenbahnverkehr lahmlegen würden. Es ist nicht soweit gekommen. Die Vertreter der Spitzenverbände haben in einer Sitzung vom 5. April den Beschluß gefaßt, „mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage, der sich die deutsche Reichsbahn infolge der noch nicht abgeschlossenen Pariser Sachverständigenverhandlungen gegenübersehe, den Weg zu Verhandlungen auch weiterhin offenzuhalten". Man beschluß fernerhin, durch eine besondere Eingabe an die Reichsregierung und die Reichsbahnhauptverwaltung, weitere Verhandlungen anzustreben. Mit dieser Stellungnahme ist der Ausstandsbeschluß in Sachsen aufgehoben worden.

Warum die Gewerkschaften für den Dawespakt waren.

Ohne uns in den Lohnkampf selbst einmischen zu wollen, möchten wir doch die Auffassung nicht zurückhalten, daß es uns nicht klug erscheint, in die Fragen des Lohntarifs mit dem Hinweis auf die Reparationslasten maßgeblich hineinspielen zu lassen. Tributverpflichtungen können kein Grund sein, die Verantwortung für eine gerechte Entlöhnung der Arbeiter abzuschieben, solange nicht die Arbeiter selbst bei der Finanzgebarung der Reichsbahn ein wirklich paritätisches Wort mitsprechen. Wenn trotzdem jetzt die Eisenbahngewerkschaften mit Rücksicht auf die ungeklärte reparationspolitische Lage den Kampf abblasen und von ihrem Vertrauen zur Reichsregierung die Erfüllung ihrer Wünsche abhängig machen, dann sollte man doch wenigstens in den Kreisen, die sich immer grundsätzlich gegen alle Lohnforderungen der Arbeiter sperren, dieses ihr Verhalten anerkennen. Aber man ist weit entfernt davon, benutzt vielmehr die Gelegenheit, den Gewerkschaften Vorwürfe zu machen, weil sie sich vor einigen Jahren zur Anerkennung des Dawesplanes bereitgefunden haben. Man sagt ihnen jetzt nach, daß sie das damals nur getan hätten, weil sie der Meinung gewesen seien, daß der Dawesplan die Reparationslasten lediglich der Unternehmerklasse aufbürde, daß aber die Masse der Arbeiterschaft davon nicht behelligt sein werde. Klassenhaßempfindungen sollten also damals für die Arbeiterschaft der maßgebliche Grund gewesen sein, weshalb sie den Dawesgesetzen zugestimmt hätten. Diese Hinweise sind völlig unberechtigt. Der Dawesplan hat nicht nur eine sozialwirtschaftliche, sondern auch eine eminent politische Seite. Und um der politischen Wirkungen des Dawesplanes willen mußte das Experiment seiner Durchführung gemacht werden. So viel politisches Urteil hatten im Jahre 1924 selbst die Deutschnationalen, daß sie das Risiko der Ablehnung des Dawesplanes nicht auf sich nehmen wollten. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß sich die Arbeiterschaft über die sozialwirtschaftlichen Folgen der Daweszahlungen durchaus keine falschen Vorstellungen gemacht hat, so braucht man nur die damaligen Kommentare der Arbeiterpresse durchzusehen, in denen die politischen und sozialwirtschaftlichen Folgen einer Annahme oder Ablehnung des Dawesplanes durchaus nüchtern abgewogen worden sind. Aber das braucht die deutschnationale Hetzpresse ja nicht zu wissen. Das Interesse der Arbeiterschaft an einer Verringerung der Reparationslasten ist mindestens so groß und mindestens auch so bewußt wie das Interesse der Unternehmer. Man möchte nur wünschen, daß die Kreise, die man heute unter dem Namen „Wirtschaft" zusammenfaßt, auch soviel politischen Verantwortungssinn und soviel politische Urteilsfähigkeit entwickelt hätten und entwickeln würden, wie es die Arbeiterschaft in ihrer großen Gesamtheit seit dem Kriegsende immer getan hat.

Fritz Lensen.

Stimmen aus Kameradenkreisen

Wir bringen die frische Stimme des Reichsbanner-„Muschkoten" K. H. gern zum Abdruck — schon deswegen, weil wir wissen, daß sie von allen Kameraden gebilligt wird. Mit den Problemen und Zukunftsaufgaben allerdings, die Kamerad H. hier aufzählt, ist es nicht getan. Wichtigere als selbst die Flaggenfrage treten hinzu: Einheitsstaat, Erziehung des Volkes von den ersten Jahrgängen der Volksschule an zu demokratischer Mitarbeit am Staate, schöpferisch friedliche Außenpolitik, der großdeutsche Kulturgedanke, das Volksernährungsproblem, das Wehrproblem u. a. Der Wille, das Reichsbanner in den kommenden Jahren mehr und mehr als Machtfaktor zur Geltung zu bringen und die Einsicht in die Notwendigkeit solcher Entwicklung ist allgemein. Bundesvorstand und Gauführer werden die Zeichen der Zeit, des sind wir gewiß, richtig zu deuten verstehen und richtig zu handeln wissen, wenn sie, wie bisher, des verständnisvollen Kämpferwillens der Massen der Kameraden sicher sein können. Daß dieser Kämpferwille da ist, zeigen auch die andern, unten veröffentlichten Zuschriften. Die Redaktion.

Republikanische Aktion.

Der Chefredakteur der Berliner „Vossischen Zeitung", unser Kamerad Georg Bernhard, M. d. R., sprach kürzlich von der „Republikanischen Aktion", die da kommen müßte. Wir vom Reichsbanner wären sicherlich die letzten, die diesen Gedanken ablehnen, doch müssen wir schon gestehen, daß uns der Inhalt dieser „Republikanischen Aktion" bisher sehr unklar ist und wir nicht recht wissen, wie Kamerad Bernhard sich ihre Durchführung und wen als ihre Träger vorstellt.

Die politische Situation enttäuscht uns alle. Das „Reichsbanner" schrieb kürzlich „Mißstimmung überall" Aber soll es wirklich bei der bloßen Registrierung dieser Tatsache bleiben? Sollte nicht das Reichsbanner als hauptsächlicher Träger des republikanischen Gedankens einmal mehr sagen, einmal mit sich selbst und den republikanischen Parteien ein offenes Wort sprechen? Ein klares Wort zur rechten Zeit hat schon oft mehr, viel mehr genutzt als bloßes Vertuscheln und Lawieren.

Die republikanischen Parteien sind in den letzten Monaten immer weiter voneinander getrennt worden. Es gibt nicht mehr viele politische Entscheidungen, die unsre Parteien in einer gemeinsamen Front durchkämpfen. Unter diesen Umständen ist auch die politische Aktionsfähigkeit unsers Bundes schwächer geworden und dadurch auch die Begeisterung der Massen nicht mehr die gleiche wie vor drei und vier Jahren. Kein Reichsbannermann verkennt die große Bedeutung von Sport und Bildungsarbeit für die jungen Menschen in unsern Reihen. Aber letzten Endes sind wir doch um der Politik willen im Reichsbanner zusammengekommen, um der Republik willen, die wir auf dem Wege der Politik verteidigen und ausbauen wollen. Der Ausbau der Republik scheint ein größeres Stück Arbeit zu werden als die bloße Sicherung der Form. Und da sollten wir, weil die Parteien den Ausbau der Republik anscheinend nicht gemeinsam durchführen können, unpolitischer werden, da sollten wir bei Sport und bildenden Vorträgen der neuen Offensive der Reaktion ruhig zusehen, um uns nur bei Fahnenweihen und Saalschutzdienst als Verteidiger der Republik „feiern" zu lassen? — Nein, tausendmal nein, der Kampfwille unsrer Kameraden ist ja ungebrochen, er ist heute noch stärker vielleicht als vor Jahren. Warum muß dieser Wille unterdrückt, warum die Begeisterung getötet werden, warum müssen die Fahnen eingerollt bleiben, anstatt mit ihnen hinauszugehen und zu trommeln, und zu mahnen: Wir wollen, wir wollen!

Soll wirklich der Wille von Hunderttausenden ein Nichts sein, weil gewisse Parteien aus mehr oder weniger wichtigen Gründen nicht einig werden können? Diese Gedanken bewegen heute unsre Kameraden. Und sie müssen einmal ausgesprochen und besprochen werden. Verstehen wir Bernhard richtig? „Republikanische Aktion!" Das Reichsbanner als Träger dieser Offensive des republikanischen Deutschlands? Das wäre Politik, das wäre Leben und Kampf! Die Aufstellung der Forderungen der „republikanischen Aktion" sei berufenern Politikern überlassen als mir „gemeinem Muschkoten" der Republik. Aber vieles gäbe es, was man heute anscheinend vergessen hat. Flaggenfrage und Verfassungstag, Klärung der Frage Beamte und Republik, o da wäre so viel von dem zu sagen, was die Republikaner im elften Jahre der Republik mit Recht verlangen können. Das Reichsbanner sollte den Gedanken des Parteimanns Bernhard gerade als überparteiliche Organisation verwirklichen.

K. H., Berlin.

*

Zeigt den Mut zur Tat!

Es wird viel über Personalpolitik geschrieben. Sollte es auch hier nicht möglich sein, Wandel zu schaffen? Ist es notwendig, daß noch heute reaktionäre Referenten (Geheimräte usw.) aus der guten alten Zeit mit unsern Ministern zusammen arbeiten? Verfügen wir nicht über unzählige fähige Köpfe in unserm Lager, welche in der Lage wären, sich in diese Posten einzuarbeiten? Haben wir etwa Furcht vor dem Sturme der Empörung? Viele meiner Kameraden werden mir sicherlich beipflichten, wenn ich sage, unsre Wähler würden stürmische Genugtuung äußern.

Bilden wir uns etwa ein, unsre „Freunde" von rechts würden uns mit Glacéhandschuhen anfassen? Deutlich genug hat es doch die letzte Regierung der Rechten bewiesen, wie schnell sie dabei war, den bewährten Republikaner Brecht von seinem Posten zu jagen.

Wir sind die Schutztruppe der Republik. Darf man uns deshalb oder gewissermaßen als Belohnung dafür mit Krakeelern und rauflustigen Elementen auf eine Stufe stellen? War es unbedingt notwendig, daß man beispielsweise unsrer Organisation in Berlin verbot, eine Gedächtnisfeier für unsern unvergeßlichen Friedrich Ebert auf dem Gendarmenmarkt abzuhalten, nur deswegen, weil es sicherheitspolitisch notwendig war, den Radauorganisationen Aufmärsche unter freiem Himmel zu verbieten? Fürchtete man auch hier irgendwo anzuecken? Daß es auch anders geht, beweisen uns ja die verschiedenen Verbote der extremen Links- und Rechtsorganisationen in Holstein und Hamburg, wo das Reichsbanner von diesem Verbot nicht betroffen wurde.

Man könnte noch viele derartige Fälle anführen, welche oft genug zu reger Diskussion in den Kameradschaftsversammlungen Veranlassung geben. Mein Ruf an alle Kameraden in leitenden Stellungen geht dahin:

Zeigt euch und tretet auf als Republikaner und Reichsbannermitglieder, zeigt Mut zur Verantwortung, rafft euch auf zu Taten, der Dank der Kameraden und Millionen Stimmberechtigter ist euch sicher. Vergeßt nicht, daß wir es sind, welche euch berufen haben, unsre Führer zu sein. Erweist euch dieses Vertrauens würdig im Interesse unsrer jungen deutschen Republik. Vorwärts mit Macht! Heran an die Macht!

R. K., Berlin-Kreuzberg.

*

Entschiedenheit und Aktivität!

Das Verhalten der republikanischen Parteien seit neun Monaten lähmt uns entsetzlich in der Kleinarbeit. Die politische Luft ist muffig geworden. An Stelle der Devise „Mißstimmung überall" („R. B." vom 23. März 1929 Nr. 12) müßte es in dieser Stickluft heißen: „Reichsbanner vor die Front". (Und das recht kräftig nach allen Seiten, auch nach der sogenannten republikanischen.) Auch bei uns gibt es fürchterliche Schlafmützen, die beim Haferltarock die Diktaturpläne der Gegner bespötteln usw. Eine recht „gebildete" Organisation schlägt den Gegner nicht, aber „revolutionierte" Köpfe und Fäuste sind hierzu befähigt. Weniger Bildungskonferenzen zurzeit, dafür aufrüttelnde Flugblätter in die Massen geworfen, erscheint mir passender für die augenblickliche Situation. Dabei sollte man auch gar keine Angst haben vor der Möglichkeit, „irgendwo" anzuecken. Durch einmaliges „Anecken" schon ist es möglich, dösende politische Männer wachzurütteln. Ich habe das bestimmte Gefühl, daß das gesamte Reichsbanner auf eine ganz entschiedene Sprache der Führung rechnet und wartet.

Es wird notwendig werden, daß wir uns aktiver in die Politik einschalten.

J. Str., Ingolstadt.

Reichsbanner-Beobachter

Eine Lüge.

Der „Stahlhelm" brachte in seiner Nummer vom 31. März eine Glosse über das Reichsbanner, in der behauptet wurde, der jüngste Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten, Kamerad Karl Ebert, habe in einer Kameradschaftsversammlung des Ortsvereins Tiergarten (Berlin) die Aeußerung getan:

„Der Potsdamer Oberbonze des „Stahlhelms" hat seine Jugend in beachtenswertem Zuge. Sollte ich ihm einmal auf feindlichem Wege begegnen, so ist mir für ihn keine Kugel zu schade."

Diese Behauptung der Stahlhelmzeitung ist, wie wir einwandfrei festgestellt haben, vom ersten bis zum letzten Worte erlogen. Sie entspringt wohl nur dem Bedürfnis des Stahlhelms, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von seinen eignen Straßenjungen-Manieren abzulenken. —

*

Der „Stahlhelm" erklärt nun in seiner letzten Nummer, daß der Kamerad Ebert die erwähnte Aeußerung doch getan habe und daß alle Ableugnungsversuche vergeblich seien. Der Gewährsmann des Stahlhelms ist ein Karl Winke, gebürtig aus Grabow in Mecklenburg. Karl Winke ist Stahlhelmmitglied und vom Stahlhelm veranlaßt worden, Mitglied des Ortsvereins Tiergarten zu werden, um dort Spitzeldienste für den Stahlhelm zu leisten. Er hat seine Auftraggeber angelogen, um ihnen seine Brauchbarkeit zu beweisen. Für den Stahlhelm aber ist es bezeichnend, daß er sich derartig gemeiner Mittel im politischen Kampfe bedient. Für jeden anständigen Menschen ist er damit endgültig erledigt. —

Rüstet zur Reichsbannerkundgebung in Berlin!

Rot-Front als Streikbrecher.

In der kommunistischen „Bergischen Arbeiterstimme" ist infolge der unsozialen Haltung der Geschäftsleitung ein Arbeitskonflikt ausgebrochen. U. a. wurde ein seit 17 Jahren beschäftigter Schriftsetzer aus nichtigen Gründen entlassen. Als das Betriebspersonal sich hiergegen und gegen einige andre Maßnahmen der Geschäftsleitung an diese wandte, wurde es kurzerhand ausgesperrt. Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes aber leisten Streikarbeit und ermöglichen die Fortführung des Betriebs, so daß sie vom Deutschen Buchdruckerverband ausgeschlossen werden mußten.

Kommentar überflüssig. —

*

Rot-Front-Schwindel.

Die Gauleitung des Roten Frontkämpferbundes im Ruhrgebiet veröffentlicht einen Aufruf an die Reichsbannerkameraden, der zum Eintritt in den Roten Frontkämpferbund aufforderte und angeblich von namentlich genannten, ehemaligen Mitgliedern des Reichsbanners ausgehen soll.

Hierzu wird uns von unsrer Dortmunder Gauleitung mitgeteilt, daß man in einer Ortsgruppe einen kommunistischen Spitzel entdeckt habe, der selbstverständlich sofort ausgeschlossen sei. Es wäre also an sich denkbar, daß der Rote Frontkämpferbund in das Reichsbanner dirigierte Mitglieder wieder abkommandiere und sie gelegentlich als Unterzeichner kommunistischer Aufrufe in Funktion treten lasse. Bei dem jetzt verbreiteten Aufruf aber handle es sich bei den Unterzeichnern um fingierte Personen, die niemals existiert haben und ihr Dasein nur der Phantasie des kommunistischen Parteisekretärs Göbel in Dortmund verdanken. —

*

Danziger Stahlhelmtag verboten.

Der Stahlhelm beabsichtigte, am 4. und 5. Mai in Danzig einen Stahlhelmtag zu veranstalten. Der Danziger Senat hat nunmehr die Tagung verboten und angeordnet, daß sie im gesamten Gebiet der freien Stadt Danzig verhindert wird. Der Senat begründet seinen Schritt damit, daß nach den Veröffentlichungen der Stahlhelmzeitung der Tagung ein ausgesprochener politischer Kampfcharakter gegeben werden sollte und die Veranstaltung infolgedessen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde.

Man kann es dem Danziger Staate nicht verdenken, daß er sich davor schützen möchte, sich seine schwierige Lage durch Stahlhelmdummheiten noch unnötig komplizieren zu lassen. —

*

„Deutsche Republik".

Die „Deutsche Republik" erscheint jetzt in einem neuen Gewande in Frankfurt a. M. Als Herausgeber zeichnen die Kameraden Dr. Wirth und Professor Dr. Dessauer. Verantwortlicher Redakteur ist Dr. Thormann. Die Zeitschrift bleibt nach wie vor das Organ der Republikanischen Union Haas-Löbe-Wirth und wird sich auch weiterhin für eine Zusammenfassung der republikanisch-demokratischen Kräfte im Sinne der Weimarer Arbeit einsetzen. —

*

Niedriger hängen!

Im „Berliner Lokal-Anzeiger", dem Hugenbergschen Schmutzblatt, veröffentlicht Friedrich Hussong eine „Erinnerung an Weimar". In einer Einleitung der Schriftleitung findet sich folgender Satz: „In Weimar becherte und schwatzte die Nationalversammlung." Auf diesen Ton ist auch das Hussongsche Geschreibsel eingestimmt:

> „Von außen sah das gar nicht aus wie „Deutschland in seiner tiefsten Erniederung". Eher — wenn man erst drin war, in dem von Revolution und A.- und S.-Räten zernierten Weimar — wie eine Fidulitas, wie ein Stückchen deutscher Saturnalien.
>
> Seit vier Jahren hatte der Normaldeutsche nicht so gut und reichlich zu essen bekommen. Für die leibliche Wohlfahrt der vielen Hunderte, die gekommen waren, um an der Ilm deutsches Schicksal zu fingern, war trefflich vorgesorgt. Familien, die einen verfassunggebenden Nationalversammelten oder einen zugereisten Zeitunger oder ein sonstiges Zubehör zum neuen deutschen Glück gegen gute Worte und besseres Geld aufnahmen, bekamen reichlich Kohlen geliefert; in allen Wirtshäusern gab es kartenfreie dicke Schweinskoteletten und Kalbsschnitzel; man wußte, wann und wo nach dem Abendessen zwischen kleinen Tischen getanzt wurde.
>
> Leben und leben lassen, war die Parole. Sogar die Opposition bekam von den Koteletten ab, und zu Ehren der Versammlung, der es oblag, den Versailler Friedensvertrag anzunehmen, wurden eigens Kabarette gegründet. . . .
>
> Am Abend des Tages, da Ebert „Vorläufiger" wurde, Republikvorsitzender. Fürstenkeller. Viel Wein. Längst vorüber jede Polizeistunde. Zeitungen — Nationalversammelte — Regierer. Patrouille des A.- und S.-Rates. Personalienaufnahme. Krakeel, Jux. Eberts Gehalt. „Das is zu viel, das is zu viel!" schreit der Soldatenratsführer immer wieder: „Das is zu viel!"

In diesem Tone geht es vier Spalten lang.

Es hat kaum Zweck, sich mit einer solchen Sudelei auseinanderzusetzen; denn schließlich erinnert sich auch der blödeste Spießbürger daran, daß die Nationalversammlung einem Friedrich Hussong erst ermöglicht hat, sich politisch zu betätigen und seine Dreckspritzer zu verschleudern. Und so wird er höchstens bei jenen Gefolgschaft finden, an denen sowieso nichts verloren ist, da sie sich nur wohl fühlen, wenn sie im Schmutze wühlen können. Alle anständigen Menschen aber, wo sie politisch auch stehen mögen, werden um ihn in einem großen Bogen herumgehen, da ihnen der Duft der Straßenkloake nicht gerade zu den begehrenswerten Dingen dieses Lebens gehört. —

*

Stahlhelm-Wehrsport

Der Stahlhelm beabsichtigt Wehrsport-Abteilungen zu errichten. Ueber ihre Aufgaben heißt es in einem Merkblatt des Bundesamtes:

> Der „Stahlhelm" als stärkster und zielbewußtester Verfechter des deutschen Wehrwillens hat aus sich selbst heraus die Pflicht übernommen, sich in jeder Beziehung für die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes einzusetzen. Er ist sich stets darüber im klaren gewesen, daß er sich zur Erreichung dieses Zieles mit rein theoretischer Pflege des Wehrgeistes und mit dem politischen Kampfe für den Wehrgedanken nicht begnügen dürfe, daß es vielmehr darüber hinaus notwendig sei, in den eignen Reihen, soweit dies innerhalb der gesetzlichen Schranken möglich ist, der Wehridee auch durch die lebendige Tat zu dienen. Insbesondere gilt es in dieser Beziehung, für die körperliche Wehrhafterhaltung eines möglichst großen Teiles der Kameraden Sorge zu tragen. Zur Erfüllung dieser bedeutungsvollen Aufgabe ist der Wehrsport berufen, der daher durch zweckmäßigen Ausbau besonderer seinem Betriebe dienender Organisationsformen mit allen Mitteln zu fördern ist.
>
> In jeder Ortsgruppe ist, soweit dies bisher noch nicht geschehen, unverzüglich eine Wehrsport-Abteilung zu bilden, in deren Reihen alle körperlich tauglichen Kameraden des (Kern) Stahlhelms und Ringstahlhelms bis zum vollendeten 30. Jahre pflichtmäßig und darüber hinaus diejenigen rüstigen Kameraden höhern Lebensalters zusammenzufassen sind, die sich mit ihrer Person für die Ziele des Stahlhelms einzusetzen gewillt sind. Die durch diese Anordnung für sämtliche gesunden Kameraden bis zum 30. Jahre eingeführte Wehrsport-Dienstpflicht ist unbedingt durchzuführen, da sie für die Mitglieder eines Verbandes, der sich zum Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht bekennt, eine sittliche Notwendigkeit bedeutet."

Körperschulung, Marschertüchtigung, Ordnungsübungen, Geländekunde und Schießsport sollen die Grundlage für die Tätigkeit der Wehrsport-Abteilungen bilden. Unsre Kameraden werden guttun, überall ein wachsames Auge auf das neuste Stahlhelmprodukt zu haben. —

Bücher und Zeitschriften

Ginster. Von ihm selbst geschrieben. 357 Seiten, Verlag S. Fischer, Berlin.

Ein recht seltsames Buch. Es soll — nach dem Waschzettel des Verlages — ein Kriegsbuch sein, das die Jahre, „die ein Spuk der Erinnerung sind, eindeutig und tapfer vergegenwärtigt". Aber dazu scheint es mir nicht recht geeignet zu sein. Wenn es auch ein stiller und resignierender Heroismus war, mit dem die Kriegszeit von der Heimat ertragen werden mußte, und wenn auch Ginster für eine solche Gemütsstimmung in gewissem Grade gleichsam vorherbestimmt zu sein scheint, kann das Buch innere Befriedigung doch nicht geben. Ginster lebt viel zu sehr am Rande aller Ereignisse, nichts vermag ihm eigentlich im Innern zu bewegen, von nichts kann er ergriffen werden. So kommt es, daß der Leser nur aus beiläufig eingestreuten Bemerkungen mancherlei über die Kriegszeit zu erfahren bekommt. Es bleibt ihm aber vollständig überlassen, sich aus diesen Mosaiksteinen das überwältigende Bild „Die Heimat im Kriege" zusammenzusetzen. — — — Stilistisch ist das Buch teilweise recht interessant. Etwas eigenwillig manchmal in der Verbindung der Gedanken, aber überraschend in der Wahl der Vergleiche. („Eines trüben Hinterzimmers Beleuchtung stimmte einen besonders nachgiebigen Klempnermeister so weich, daß er sich umlöten ließ." ... Juden, die wie Imitationen wirkten, so echt sahen sie aus." ... Auf dem flachen Dachgarten des Sanitätskopfes zog sich ein Stoppelfeld hin.") —

Aus den Gauen

Gau Oberrhein. Am 29. März fand in Dieringhausen eine Kreiskonferenz für das oberbergische Land statt, die sich der Besprechung organisatorischer Fragen widmete. — Das Gautreffen ist für den 30. Juni in Gummersbach angesetzt. —

Gau Niederrhein. Am 10. März trafen sich zum Frühjahrsgeländespiel des Gaues in Wald bei Solingen 8000 Reichsbannerkameraden, deren Kundgebung eine wuchtige Demonstration für den republikanischen Gedanken war. — Zur theoretischen und praktischen Führerschulung fanden sich die Funktionäre am 24. März in Düsseldorf zusammen. Den Referaten der Kameraden Schmitz und Petersdorff folgten in der Turnhalle praktische Uebungen. — Die Duisburger Radfahrer fuhren am Karfreitag nach Düsseldorf und warben für die schwarzrotgoldenen Fahnen. —

Gau Franken. Zum 21. April sind die Kameraden nach Bamberg aufgerufen, um dort in einer Kundgebung ein Treuegelöbnis zur Republik abzulegen. — Gleichzeitig findet eine wichtige Führerbesprechung statt. —

Gau Oberbayern-Schwaben. Die Münchener Kameraden veranstalteten am 24. März bei sehr starker Beteiligung einen Werbeumzug, der auch durch das provokatorische Verhalten der Nationalsozialisten nicht gestört werden konnte. —

Gau Pfalz. In Hettenleidelheim wurde eine neue Ortsgruppe des Reichsbanners gegründet. —

Gau Baden. An den Osterfeiertagen waren die Schutzsportler sehr eifrig. Zu Handballspielen waren die Karlsruher, Stuttgarter und Durlacher Kameraden in Mannheim zu Gaste. — Kreistreffen finden statt: am 12. Mai in Walldürn, am 19. Mai in Edingen, am 23. Juni in Mauer, am 14. Juli in Schiltach, am 3. August in Singen a. H. — Am 31. August und 1. September marschiert der Gau zum Südwestdeutschen Republikanischen Tag in Mannheim auf. —

Gau Württemberg. Die glänzend verlaufene Generalversammlung des Ortsvereins Stuttgart beschloß die Errichtung eines Erinnerungsmals für Ebert, Erzberger und Rathenau. — Besonders rührig zeigt sich der Ortsverein Ulm. Außer seiner umfassenden Bildungsarbeit seien die eindrucksvollen Erinnerungsfeiern für Ebert und die Märzgefallenen ehrend erwähnt. —

Gau Westliches Westfalen. Die Beratungen der Kreiskonferenz in Witten am 28. März waren sehr ergebnisreich. — Am 27. und 28. April findet in Neheim ein Kreistreffen statt, das für das Sauerland besonders bedeutungsvoll ist. — Das Gautreffen ist für die Stadt Gladbeck vorgesehen. —

Gau Westliches Westfalen. Zum Gautreffen des Reichsbanners in Gladbeck. Die Mitglieder des Gauvorstandes folgten einer Einladung des Ortsvereins Gladbeck, um eine Besichtigung des Geländes zur Abhaltung der am 16. Juni in Gladbeck stattfindenden Gauveranstaltung für den Gau Westliches Westfalen vorzunehmen. Die Mitglieder des Gauvorstandes konnten sich davon überzeugen, daß das in Frage kommende Gelände für die Abwicklung unsers Festes geradezu als ideal bezeichnet werden kann. In einer anschließenden Sitzung mit den Mitgliedern des Vorstandes der Ortsgruppe Gladbeck wurden die Einzelheiten zur Durchführung der Veranstaltung nochmals besprochen, und es wurde in allen Fragen eine völlige Einmütigkeit erzielt. Inzwischen gelang es auch, Schwierigkeiten in der Richtung zu beseitigen, daß andre Organisationen für den gleichen Tag bereits große Veranstaltungen vorbereitet hatten, die nunmehr jedoch verschoben worden sind. Die Gladbecker Kameraden werden sich alle Mühe geben, die Gauveranstaltung für alle Kameraden diesmal besonders genußreich zu gestalten. —

Gau Leipzig. Reichskartell Republik. Sonntag den 28. April Frühjahr-Eröffnungsschießen, verbunden mit Platzweihe, unter Mitwirkung der Reichsbannerkapelle Leipzig. Redner Kamerad Diefenthal (Magdeburg) vom Bundesvorstand. —

Gau Halle. Eine erfolgreiche Propaganda entfalteten die Motorrad- und Radfahrer des Gaues, indem sie am ersten Ostertag eine Sternfahrt nach Halle unternahmen. —

Gau Niederschlesien. Das Gautreffen findet am 1. und 2. Juni in Liegnitz statt. Die Ortsgruppen sind schon jetzt eifrig mit den Vorarbeiten dafür beschäftigt. —

Gau Magdeburg. In Stendal sprach am 5. April in stark besuchter Reichsbannerversammlung Kamerad K. Mayr (Magdeburg) über „Wehrpolitik". Eine sehr angeregte Diskussion zur innenpolitischen Seite dieses Problems schloß sich an. — Die Stendaler Kameraden haben die Errichtung eines Ebertdenkmals beschlossen. Mit den organisatorischen Vorbereitungen hierzu ist begonnen worden. Die Einweihung soll noch in diesem Jahre erfolgen. —

Mitteilungen des Bundesvorstandes

Reichsverband der republikanischen Motorradfahrer Deutschlands.

In einer am 7. April in Leipzig stattgefundenen Konferenz republikanischer Motorradfahrer, die sehr gut besucht war, wurde die Gründung des Reichsverbandes der republikanischen Motorradfahrer Deutschlands vollzogen. Vorläufiger Sitz der Bundesleitung ist Leipzig, Gellertstraße 7/9, Telephon 19844. Alle Anfragen sind nach dort zu richten. —

Extrabeiträge. Die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrags von 10 Pf. ist dem Ortsverein Langendreer (für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930) und dem Ortsverein Cleve genehmigt worden.

Der Bundesvorstand. J. A.: O. Hörsing.

Reklamepreis nur 4 M.

Von den Uhren verkaufe jährl ca. 10 000 Stück

Nachts leuchtend 60 ₰ mehr. Garantie für jede Uhr

kpl. echte deutsche H.-Ankeruhr Nr. 52, stark vern. ca. 30std. Wk., gen. reg. nur M 4.-
Nr. 51, dj. echt versilb., Goldr., Scharn. M 5.-
Nr. 55, dies. mit besser. Werk nur M 6.50
Nr. 56, diese kleinere Form nur M 9.-
Nr. 57, Neusilber mit Goldrand nur M 12.-
Nr. 58, m. Sprgd., ganz vergld. nur M 12.80
Nr. 39, Damenuhr, versilb., Goldr. n. M 7.50
Nr. 79, dieselbe kleines Format nur M 10.-
Nr. 81, dies. echt Silb. 10 Steine nur M 15.-
Panzerkette, vern. 0.50, echt vers. n. M 1.50
echt vergld. 2.-. Golddoublékette M 5.-
Nr. 47, Armbanduhr m. Riem. nur M 8.-
Nr. 44, dj. kl. Form m. bss. Werk nur M 12.-
Wecker primo Messingwerk nur M 3.50

Unsere Leser erhalten 1 M Nachlaß u. eine Kapsel gratis b. Bestellung einer Uhr zum Preise von 6.50 M oder mehr.
Uhren-Klose, Berlin SW 29 (61), Zossener Str. 8

Reichsbannerfahnen gut und preiswert. Sämtl. Vereinsartikel. Zahlreiche Anerkennungen. Bemusterte Offerte und Katalog gratis 12636
Fahnen-Fabrik A. Dreyer Hildesheim 17 gegr. 1881

Bepflanzen Sie Ihren Balkon und beteiligen Sie sich an unserem
BALKON SCHMUCK WETTBEWERB
Es stehen Preise in Höhe von mehr als Mk 6000 zur Verfügung
KATALOG GRATIS UND FRANKO
PLÖTTNER & FRANKE THEISSEN 1 W
GROSSGÄRTNEREI u. SAMENHANDL

Marke: Thüringer Ritter
Pflaumenmus
gar. reine zuckergesüßte feinste Qualität
10 Pfd.-Eimer 3.75 Mk.
ab hier Nachnahme
OTTO RITTER
Pflaumenmusfabrik
Schkölen in Thüringen 46

Am Stück verz. frei Ihrer Bahnstation
51 mm weit.
Hühnergeflecht
hoch 30 50 60 75
p. Roll. 50 m 4.55, 7.80, 9, 10.80
100 120 150 200 cm
15.50, 16.30, 20.35, 27 Mk.
Preisliste fordern!
Prinz, Altona/Elbe
Gr. Johannisstr. 66

Berliner Fahnenfabrik
Fischer & Co.
Berlin SW 19, Wallstraße 84
Der neuerschienene Reichsbannerkatalog wird auf Wunsch postfrei übersandt 10008

PRESTO
das Qualitäts-Fahrrad
Verkaufsstellen werden nachgewiesen durch
NATIONALE AUTOMOBIL-GESELLSCHAFT A.-G.
Abt. Prestowerke, Chemnitz
Verkauf an allen Plätzen. Auf Wunsch kostenfreie Zusendung des neuen Katalogs

Reichsbanner-Kameraden kaufen ihre Koppel-Garnitur (Trommeln und Trommelfelle) bei ihren Kameraden in der Münchner Sattlergenossenschaft, München, Augustenstraße 1. 10023
Sammelbestellungen von Ortsvereinen, Bezirken oder Kameradschaften Preisermäßigung.

Es ist Ehrenpflicht der Kameraden und deren Frauen, bei ihren Einkäufen die Inserenten des Reichsbanners zu berücksichtigen!

Neuruppiner Fahnen-Fabrik
Paul Gollert Neuruppin, Brdbg
Abzeichen
Reichsbannerfahnen
prompt, gut und preiswert in bekannter Güte.

Volkshaus Bremen
Nordstraße 45 — Fernsprecher Roland 9200-10. 10010
Restaurationsbetrieb / Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit / Säle für alle Veranstaltungen / 100 Fremdenzimmer mit fließendem kaltem und warmem Wasser.

Ihr Stolz und Ihre Freude die Vereinsfahne von
1869 · 1929
Fahnenrichter Köln 8
Kunstwerkstätten f. a. Stickereien u. Malereien, sämtl. Vereins- u. Festbedarf, Hausfahnen, Theaterbühnen. Liste No. 435 kostenl.

Englische Anzugstoffe
direkter Import 10035
Verkauf an Private ohne Zwischenhandel
Niedrigste Preise. — Kein Laden
Paul Schreyer, Berlin W 50
Tauentzienstr. 7
Geschäftszeit 9—6 Sonnabends bis 1 Uhr